

**Beschluss:**

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich beim Freistaat Bayern für die Schaffung der gesetzlichen Grundlage zur Gewährung einer Zulage in Höhe von 200 Euro in besonders belasteten Parteiverkehrsbereichen einzusetzen.
3. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die für den Haushaltsbrief zur Information der Bürgerinnen und Bürger erforderlichen Mittel in Höhe von 183.000 € bei Bedarf gegenüber der Stadtkämmerei auf dem Büroweg für das Haushaltsjahr 2018 geltend zu machen.
4. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04120 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 23.05.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
5. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.